

Nein zur Durchsetzungsinitiative!

AvenirSocial hat sich der Koalition der NGO angeschlossen, die sich gegen die Durchsetzungsinitiative einsetzt und unter anderen aus der Schweizer Sektion von Amnesty International, den Demokratischen Juristinnen und Juristen und der Operation Libero besteht. Diese Koalition wird eine aktive Kampagne gegen die Volksinitiative der SVP führen.

Der Name «Durchsetzungsinitiative» ist irreführend. Sie geht wesentlich weiter als die Ausschaffungsinitiative, gegen die sich AvenirSocial 2010 bereits ausgesprochen hatte¹. Die Durchsetzungsinitiative trifft uns alle: Rund ein Viertel der Menschen in der Schweiz sind als Ausländerinnen und Ausländer direkt betroffen. Für sie würde die Initiative bedeuten, dass sie auch als Secondos und Secondas und unabhängig davon, wie gut sie integriert sind oder wie lange sie schon in der Schweiz leben, von heute auf morgen aufgrund des geringsten Vergehens automatisch und ohne Berücksichtigung der persönlichen Umstände ausgeschafft würden. Sie verlangt die automatische Ausschaffung aller Ausländerinnen und Ausländer aus der Schweiz, die eines der Delikte auf einer Liste von rund 25 Straftatbeständen – von Sozialmissbrauch bis Mord – begangen haben, unabhängig von der verhängten Strafe. Sie verlangt zudem die Ausschaffung im Wiederholungsfall bei rund 40 anderen mehr oder weniger schwerwiegenden Delikten (von der missbräuchlichen Verwendung einer Kreditkarte bis zu sexuellen Handlungen mit Kindern).

Damit wirft die Initiative alles in einen Topf: Sozialmissbrauch, Völkermord, Vergewaltigung, Menschenhandel ... In einem 2014 veröffentlichten Positionspapier hat sich AvenirSocial zum Thema Sanktionen in der Sozialhilfe geäußert².

Die Durchsetzungsinitiative ist nicht vereinbar mit der Demokratie, den Grundrechten und dem Rechtsstaat. Sie ist zutiefst diskriminierend und verankert die doppelte Bestrafung in der Verfassung. Die Durchsetzungsinitiative führt zu systematischen Verletzungen der EMRK und riskiert damit, dass die Schweiz aus der Konvention und aus dem Europarat austreten muss. Sie verletzt vorsätzlich das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und gefährdet die Europapolitik der Schweiz noch weiter.

Aus all diesen Gründen ruft AvenirSocial dazu auf, am 28. Februar 2016 ein Nein gegen diese gefährliche Initiative in die Urne zu legen!

Mehr Infos auf <http://www.durchsetzungsinitiative-nein.ch/>

¹ <http://www.avenirsocial.ch/de/p42009251.html>

² http://www.avenirsocial.ch/de/cm_data/Sanktion_AvenirSocial_2014.pdf